

Weihnachtsbrief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Dezember 2017

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die politische Vorweihnachtszeit in Berlin ist geprägt durch das Warten auf die SPD und die Erwartung an die SPD in dieser für unser Land ungewöhnlichen Situation Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Der Bundesparteitag der SPD hatte vergangene Woche nun endlich der Aufnahme ergebnisoffener Gespräche zugestimmt. Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD konnte daher in dieser Woche stattfinden. Der Ausgang ist aber weiterhin offen.

Deutschland braucht nach meiner Auffassung möglichst zeitnah eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Wenn gleich eine große Koalition weder ausdrücklicher Wunsch der Union noch der SPD war, stehen wir in der Verantwortung für die Zukunftsgestaltung unseres Landes. Eine große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen. Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral. Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels ist die Herausforderung herausragend. Außerdem wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht. Es braucht



Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen. Es bleibt abzuwarten, wie die weiteren Gespräche verlaufen werden. Ich werde Sie darüber informieren.

Zu guter Letzt wünsche ich Ihnen von Herzen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben und einen guten Rutsch ins Jahr 2018. Nehmen Sie sich in diesen Tagen die Zeit für die wichtigen Dinge. Treffen Sie Menschen, die Ihnen guttun. Erfreuen Sie sich am Weihnachtszauber.

Herzliche weihnachtliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Antisemitismus • Opferentschädigung • Zuteilung des ERP-Sondervermögens • Bundeswehreinsätze • Zahlen und Fakten

Berlin:

Antisemitismus

Ein erschütternder Tiefpunkt diese Woche war das Verbrennen israelischer Flaggen und das Skandieren übelster Beschimpfungen von Juden, Israelis und Israel auf deutschem Boden. So fragwürdig die Entscheidung des US-Präsidenten, die US-Hauptstadt nach Jerusalem zu verlegen und damit Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, und die Reaktion des Staates Israel auch waren, rechtfertigen sie keinen Antisemitismus – nichts rechtfertigt Antisemitismus.

Ja, Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind unverrückbare Grundrechte in Deutschland und Bestandteil unserer sehr liberalen Demokratie. Wo aber Flaggen verbrannt und hetzerische Aussagen gegen gesellschaftliche Gruppen kundgetan werden, müssen strafrechtliche Antworten folgen. Ich habe Vertrauen in die deutsche Justiz und Sicherheitsbehörden, dass richtige Antworten für diese Untaten gefunden werden. Als Gesetzgeber werden wir die Vorgänge genau beobachten und gegebenenfalls legislative Antworten finden, damit die Justiz in Zukunft angemessener reagieren kann.

Neben der rechtlichen Bewertung muss aber auch klar sein, dass vor allem wir als Gesellschaft in der Verantwortung stehen gegen Antisemitismus – wie auch gegen Rassismus, Xenophobie, Homophobie oder Antiziganismus – aufzustehen und unsere Stimme selbstbewusst zu erheben, wo dieser stattfindet.

Abschließend möchte ich auf die Integration einiger der dort demonstrierenden Menschen zu sprechen kommen. Wenn ihnen Palästina näher ist, als die

Werte in dem Staat, in dem sie ihre Freiheiten nutzen, dann sollten wir als Gesellschaft und Politik eine Antwort auf die fehlgeleitete Integration dieser Personen finden. Diese werden wir meines Erachtens auch finden.

Einfachste Formen des Anstands müssen wieder verstärkt Platz in unserer Gesellschaft finden. ■

Antrag:

Verbesserung der Opferentschädigung

Wir wollen mit diesem fraktionsübergreifenden Antrag mit SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Wir sichern den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu. Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor

der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären. Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen. ■

Gesetzentwurf (1. Lesung):

Zuteilung des ERP-Sondervermögens

In erster Lesung beraten wir die Bereitstellung von Mitteln aus dem ERP-Sondervermögen für das kommende Jahr. Dieses Sondervermögen stammt ursprünglich aus Mitteln des European Recovery Program (ERP), das 1948 auf Basis des Marshallplans von den USA für den Wiederaufbau Deutschlands bereitgestellt wurde. Um das ERP-Kapital zuzuteilen wurde 1948 die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gegründet. Nach dem Schuldenerlass der USA 1953 musste Deutschland nur einen geringen Teil der Kredite zurückzahlen. Heute fördert die KfW durch Kredite auf Basis des Sondervermögens insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland.

Für das Jahr 2018 sind Zuteilungen aus dem Sondervermögen in Höhe von 790 Mio. Euro vorgesehen, um zinsgünstige Finanzierungen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von rund 6,75 Mrd. Euro zu ermöglichen. Diese kommen in erster Linie Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, Innovationsförderung, Exportfinanzierungen sowie dem Aufbau und der Modernisierung bestehender Unternehmen im Osten und in regionalen Fördergebieten im Westen zugute. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549
Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Antrag der Bundesregierung:

Verlängerung von Bundeswehreinsätzen

In dieser Woche standen erneut die Verlängerung wichtiger Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf der Tagesordnung. Es ging um insgesamt sieben Mandate, fünf davon laufen Ende dieses Jahres, zwei Ende Januar 2018 aus. Alle wurden um je drei Monate verlängert. Hervorzuheben ist etwa der Einsatz unserer Soldaten zur Unterstützung der internationalen Koalition gegen den IS. Weiterhin geht es um die Verlängerung unseres Afghanistanengagements mit 980 Soldaten. Schließlich berieten wir u.a. die Fortsetzung des schwierigen Einsatzes von 1.000 Soldaten in Mali. Uns als Union ist wichtig, dass Deutschland außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig bleibt und seine Bündnisverpflichtungen erfüllt. Diesem Anspruch sind wir mit den Verlängerungen gerecht geworden. ■

Zahlen und Fakten:

Geleistete Arbeitsstunden auf Rekordniveau

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Mrd. Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) ■